

„Es gibt nichts kraftvolleres als eine Idee,
deren Zeit gekommen ist.“
Victor Hugo

Die FDP im politischen Wettbewerb

* * *

Kontext

Vorliegendes Thesenpapier wurde auf Wunsch von G. Schommer zu Händen des Reformprojekts *avenir radical* erstellt. Es thematisiert die institutionelle Dimension der Reform, soll also nicht politische Inhalte zum Gegenstand haben. Es spiegelt ausschliesslich die persönliche Meinung des Autors.

Anamnese

- FDP entsteht als stark ideologisierte Monopol-Regierungspartei und bindet zunehmend weitere politische Kräfte in die Regierungsverantwortung ein. Durch die am Konsens mit den neuen Kräften orientierte Konkordanz-Kultur erodiert ihr ideologisches Profil langsam.
- FDP ist historisch gewachsen auf allen Ebenen des Bundesstaates (Bund, Kantone, Gemeinden) mit jeweils autonomen Organisationen und Programmen präsent und aktiv. Es bestehen weder effektive Politikkoordination noch Parteidisziplin in den Fraktionen. Im Zweifelsfall hat die persönliche Meinung des Parteivertreters Vorrang vor dem Parteiprogramm.
- Durch die überlieferte Rolle als staatstragende Partei auf allen Ebenen des Staates gilt die FDP als Partei der pragmatischen Interessenvertreter. Sie wird in dem Sinne pejorativ als *Wirtschaftspartei* verstanden, dass von ihr Interessen wichtiger Branchen und Firmen, aber auch von Amtsinhabern effizient vertreten werden. Ihre wirtschafts*politische* Stringenz hat sie jedoch seit langem verloren.

Diagnose

Die FDP hat ihre Handlungsfähigkeit in einem fein gesponnenen Korsett komplexer Strukturen und etablierter Interessen verloren. Sie leidet unter politischer Sklerose, deren Symptome durch periodische Wellness-Kuren (Programmdiskussionen) bekämpft werden.

Der Verlust der Handlungsfähigkeit wird sichtbar im verschärften politischen Wettbewerb, der durch den nachhaltigen Erfolg einer „neuen“ bürgerlichen Oppositionskraft ausgelöst wurde. Das Risiko des Erfolgs dieser verwandten Kraft besteht darin, dass er zu unreflektierter Nachahmung rechtsbürgerlicher Politiken einlädt. Dadurch gehen nicht nur die traditionellen liberalen Inhalte (\neq rechtsbürgerlich) der FDP verloren – es wird v.a. übersehen, dass ein Grossteil des Erfolgs auf die konsequente Durchsetzung einer zentralen Parteilinie zurückzuführen ist. In einer Zeit wachsender Verteilungskämpfe erweckt solche Disziplin mehr Vertrauen im Elektorat als die Exekution „lösungsorientierter“ Kärntnerarbeit im Politikartell.

Die *Rahmenbedingung wachsender Verteilungskämpfe* wird angesichts der historisch hohen Staatsquote und des strukturell schwachen Wachstums über weitere Legislaturperioden anhalten. Die Konkordanz ist faktisch tot, was durch die in letzter Zeit gehäuften rituellen Anrufungen nur bestätigt wird.

Therapie

Als Voraussetzung für den politischen Erfolg muss die FDP ihre innere und äussere Handlungsfähigkeit wieder erlangen. Dazu benötigt sie neben einer schlüssigen, klar strukturierten ideologischen Grundlage (Werte, Ziele) eine organisatorische Plattform (Prozesse und Einheiten). Ziel der laufenden Reformbemühungen muss es sein, den *ideologischen Kampfbund* FDP so zu strukturieren, dass er unter Einsatz der ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen die im internen Wettbewerb als prioritär definierten Ziele möglichst effektiv erreichen kann. Dabei darf keine Rücksicht auf historisch gewachsene Strukturen genommen werden – *das Bessere ist der Feind des Guten*. Aus organisatorisch-struktureller Warte müssen insbesondere folgende Aspekte gründlich überprüft werden:

- *Föderalistische Strukturen:* In der Zeit schneller und billiger Kommunikationsmittel ist die Aufrechterhaltung komplett redundanter Organisationen (Sekretariate, Mitgliederverwaltung, Medien) auf allen Ebenen überholt. Die föderalistische Struktur der Partei ist stufengerecht danach auszurichten, auf welchen Ebenen des Staates welche Arten von Entscheidungen gefällt werden. Effiziente zentrale Dienste entlasten die lokalen Aktivisten und lassen sie sich auf ihre politischen Ziele konzentrieren.
- *Parteidisziplin der Mandatsträger:* Es kann dem politischen Profil einer Partei nicht zuträglich sein, wenn die von ihr unterstützten Mandatsträger grundsätzlich gemäss ihrer persönlichen Meinung entscheiden, die sich bestenfalls zufällig mit der Parteilinie deckt. Hier ist eine Umkehr des Grundsatzes dahingehend anzustreben, dass der Mandatsträger die Parteilinie zu vertreten hat, es sei denn, die Partei beschliesse Stimmfreigabe aus Gewissensgründen. Der Mandatsträger kann und soll im internen Meinungsbildungsprozess seine persönliche Meinung zum Tragen bringen. Nach aussen hin hat er jedoch als Gegenleistung zur Unterstützung durch die Partei deren definierte Linie zu vertreten. Dies sollte dem Mandatsträger in der Regel nicht schwer fallen, da er sich ja bei der Wahl seiner Parteimitgliedschaft ausführlich mit deren politischen Werten und Zielen auseinandergesetzt haben sollte. Es sind abgestufte Sanktionsmechanismen zu prüfen.
- *Interne Meinungsbildung:* Die Reform dieses Prozesses ist für die FDP von existenzieller Bedeutung. Die heutige Form mit Parteiräten, -tagen und Delegiertenversammlungen sonder Zahl bei faktischer Meinungsbildung hinter den Kulissen entspricht nicht mehr den heutigen Ansprüchen an Transparenz des Ideenwettbewerbs. Warum sollte nicht z.B. die heutige Ausnahme der Basisabstimmung dank moderner Technologie zur Regel von morgen werden?

Mit den diskutierten Reformschritten sollte das gelingen, womit der Autor vor kurzem eine alte Freundin recht provokativ aus der Reserve gelockt hat, die heute bei der SVP aktiv ist, nämlich dass die FDP in ca. 10 Jahren der dann kaum mehr bedeutsamen SVP im Rückblick für ihren Weckruf dankbar sein wird.

Autor:

Christian Dreyer
Hagentalerstr. 11
4124 Schönenbuch
M +41.76.334 0800
christian@dreyer.ch